

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 1. September 2022, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Martin Allemann

Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Franziska Eggenberg, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltpold, Alwin Hostettler, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Nicole Krenger (ab Traktandum 5, 17.30 Uhr), Alice Kropf, Thomas Lanz, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Manfred Locher, Marianna Oesch Bartlome, Michelle Marbach, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann, Reto Schertenleib, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Daniel Waldspurger, Cloe Weber, Ronald Wyss, Sarah Zaugg

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch und Andrea de Meuron, Gemeinderäte Konrad Hädener und Peter Siegenthaler

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder
Protokollantin Lorina Winkler

Entschuldigt

Stadträtin Daniela Huber Notter, Stadträte Peter Aegerter, Claude Schlapbach, Simon Werren

Schluss der Sitzung

18:50 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst alle Anwesenden nach der Sommerpause zurück im Rathaus. Besonders heisst er den neuen Stadtrat Thomas Lanz (Grüne) und die neue Lernende der Stadtkanzlei Jael Schneiter willkommen.

Die Traktandenliste wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

Der Stadtpräsident äussert sich zur heutigen Medienmitteilung betreffend Versorgungssicherheit. Dem Gemeinderat ist wichtig, die Bevölkerung ohne Alarmismus zu informieren, damit sie das Problem versteht und ihr Handeln anpassen kann. Die Stadt hat aufgrund guter Erfahrungen beschlossen, eine Taskforce einzusetzen. Wie bei der Pandemie werden auch hier verschiedene Abteilungen zusammenarbeiten. Reto Keller, Abteilungsleiter Sicherheit, leitet die Taskforce. Aus dem Gemeinderat sind Peter Siegenthaler und er selbst vertreten. Stellvertretender Leiter ist der Ratssekretär Christoph Stalder. Roland Gfeller, Kommandant Schutz und Rettung, ist das Bindeglied zum Regionalen Führungsorgan. Simone Tanner, stellvertretende Leiterin Stadtmarketing und Kommunikation, stellt die sehr zentrale Kommunikation gegen aussen und innen sicher. Weitere wichtige Mitglieder sind Michael Gassner, Leiter der Fachstelle Umwelt Energie Mobilität; Martin Meyer, Leiter Facility Management beim Amt für Stadtliegenschaften sowie Christian Schneiter, Leiter Technik bei der Energie Thun AG. Die Administration übernimmt Nina Lauri, die Assistentin von Reto Keller. Bei Bedarf kann die Taskforce jederzeit angepasst werden, der Gemeinderat wird immer in die grundlegenden Entscheide miteinbezogen. Aufgrund der grossen Unsicherheit ist eine hohe Handlungsfähigkeit kurzen Wegen wichtig. Das Regionale Führungsorgan (RFO) ist ebenfalls im Einsatz, macht regelmässige Lagebeurteilungen und trifft vorbereitende Überlegungen zu einer Situation, von der man hofft, dass sie nie eintritt. Die Stadt hat in anderen Krisensituationen gute Erfahrungen gemacht, indem sie sich entlang dessen bewegte, was Kanton und Bund gemacht haben. Der Stadtpräsident schliesst mit einem Sparapell: Ungebrauchtes Gas bleibt im Speicher. Anders ist es beim Strom: Wenn man heute Strom spart, kann man diesen zwar nicht speichern, jedoch kann man dafür sorgen, dass die Speicherseen mehr gefüllt werden und in einer Notsituation mehr Strom zur Verfügung steht. Ausserdem ist der Strommarkt ausser Rand und Band; mehr Strom auf dem Markt könnte den Effekt haben, dass die Preise sinken. Er glaubt, dass die Stadt Thun vorbereitet ist.

74. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16. Juni 2022

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

75. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 7. Juli 2022

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

76. Sachkommission Finanzen Ressourcen Umwelt

Ersatzwahl für den zurückgetretenen Marc Barben (Grüne)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die Sachkommission Finanzen Ressourcen Umwelt wird als Mitglied anstelle von Marc Barben (Grüne) per sofort gewählt: Thomas Lanz (Grüne).

77. Wahlkommission

Ersatzwahl für den zurückgetretenen Michel Weber

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 6. Juli 2022, beschliesst:

1. Von der Demission von Michel Weber per 2. Februar 2022 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Michel Weber wird Christina Jaggi-Burysek, geb. 1983, von Illnau Effretikon ZH und Grindelwald BE, Kaufmännische Angestellte, wohnhaft Fellerstrasse 8, 3604 Thun, als Mitglied in die Wahlkommission gewählt, und zwar ab sofort und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2022 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

78. Regionale Schwimmhalle – Kostenbeteiligung am Projekt

Sofortige Abrechnung des bestehenden Verpflichtungskredites vom 21. März 2019 in der Höhe von 150'000 Franken

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch betont, dass die Geschichte der regionalen Schwimmhalle in Heimberg eine längere ist. Kurz vor dem Ziel verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage aufgrund der Corona-Pandemie. Das Vorprojekt musste sistiert werden und es fragt sich nun, was mit dem gesprochenen Verpflichtungskredit von 150'000 Franken (Anteil der Stadt Thun am Vorprojekt) geschieht, der 2019 unter der Bedingung einer nachvollziehbaren und gerechten Kostenteilung gesprochen wurde. Einen Verpflichtungskredit kann man vier Jahre laufen lassen. Da die Genossenschaft jedoch das Signal gegeben hat, erst 2027 das Vorprojekt wieder aufzunehmen, möchte der Gemeinderat den Kredit abrechnen. Das heisst nicht, dass das Geld einfach weg ist – es wäre dann einfach nicht mehr im Budget. Dafür wird in den zukünftigen Investitionsplänen ein Betrag von 150'000 Franken für die Kostenbeteiligung am Vorprojekt im Jahr 2027 eingestellt. 2027 ist die Ausgangslage möglicherweise nicht mehr die gleiche wie 2019, daher macht es Sinn, Klarheit zu schaffen. Die Zusammenarbeit mit dem Sportzentrum hat eine gute Basis und man kann darauf zählen, dass das Projekt konstruktiv weitergeführt werden wird.

Sonja Graf, **SAKO BiSK**, hat mit in der SAKO das Geschäft behandelt, den Bericht geprüft und beantragt mit 6 Ja-Stimmen bei zwei Abwesenheiten eine sofortige Abrechnung des Verpflichtungskredits.

Sonja Graf, **Fraktion SVP**, folgt mit ihrer Fraktion der Haltung der SAKO BiSK und ist für die sofortige Abrechnung des Verpflichtungskredits.

Alois Studerus, **Fraktion Die Mitte**, findet es unbestritten, dass in Thun ein gedecktes Schwimmbad nötig ist. Es ist wichtig, dass der Stadtrat dann auch seine Zusage geben wird, wenn das Projekt in Heimberg

wieder aufgenommen wird. Die Fraktion Die Mitte folgt dem Gemeinderat und möchte den Verpflichtungskredit abrechnen.

Nina Siegenthaler, **Fraktion SP**, begrüsst es, dass sich der Gemeinderat zu gegebener Zeit am Projekt beteiligen will und stimmt der Abrechnung zu.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) findet auch, dass der Bedarf an gedeckten Wasserflächen gegeben ist. Sie gibt dem Gemeinderat Recht, dass sich die Voraussetzungen ändern können und es denkbar ist, dass man plötzlich an etwas Ungewolltes gebunden wäre. Eine Abrechnung macht daher Sinn. Um trotzdem ein positives Zeichen zu setzen, fände sie es richtig, den Betrag in den Finanzplan 2027 aufzunehmen. Die FDP wird der Abrechnung zustimmen.

Manfred Locher, **Fraktion glp/EVP/EDU**, folgt mit seiner Fraktion dem Antrag des Gemeinderats und unterstützt im Speziellen die klar deklarierte Absicht, das Projekt weiter zu verfolgen.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch bedankt sich für die gute Aufnahme.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 32 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 29. Juni 2022, beschliesst einstimmig:

1. Der Verpflichtungskredit Nr. 3422.5650.003 (Bilanzkonto Nr. 14290.20.01) von maximal 150'000 Franken für den Anteil der Stadt Thun am Projektierungskredit der Genossenschaft Sportzentrum Heimberg für das Vorprojekt einer regionalen Schwimmbhalle wird sofort abgerechnet.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

79. Sitzungskalender 2023

Genehmigung

Der Rat genehmigt den Sitzungskalender stillschweigend.

80. Motion M/1/2022 für eine Teilrevision des Personalreglements zur Einführung eines vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubs

Franz Schori (SP), Fraktion SP und Fraktion Grüne/JG vom 24. März 2022; Beantwortung

Gemeinderätin Andrea de Meuron begründet den Antrag des Gemeinderats, die Motion als Postulat anzunehmen. Der Bedarf des Anliegens ist begründet und es wäre wünschenswert, das Anliegen auch auf Bundesebene anzugehen. Auch bei anderen gesellschaftspolitischen Anliegen wie dem Frauenstimmrecht mussten die Kantone mit gutem Beispiel vorangehen, damit der Bund nachzog. Die Stadt Thun ist mit ihren über 800 Mitarbeitenden gefordert, sich als attraktive Arbeitgeberin zu positionieren. Es lohnt sich auch, einen Blick über die Schweizer Grenzen zu werfen. Da stellt man fest, dass die Schweiz ein weisser Fleck auf der Landkarte ist. Wichtig sind die Werterhaltung, damit das schwanger sein nicht mit krank sein gleichgesetzt wird, sowie der Schutz der Gesundheit vor der Niederkunft. Mit dem Antrag möchte der Gemeinderat diesem Anliegen Rechnung tragen.

Franz Schori, **Fraktion SP**, ist hocherfreut über die Stellungnahme des Gemeinderats. Es ist ihm wichtig zu betonen, dass schwanger sein keine Krankheit ist, sondern ein freudiges Ereignis. Auch die Regulatorien

sollten diesem Umstand Rechnung tragen. Der vorgeburtliche Mutterschaftsurlaub führt zu keinen Mehrkosten, steigert die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin und setzt gleichzeitig ein Zeichen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Idealerweise würde der Bund das Anliegen aufnehmen, jedoch scheinen auch hier Gemeinden und Kantone eine Vorreiterrolle übernehmen zu müssen. Die Begründung des Gemeinderats, weshalb das Anliegen nicht auf die Ebene Personalreglement, sondern in die Verordnung gehört, ist schlüssig. Die Fraktion SP wandelt die Motion in ein Postulat und hofft auf mehrheitliche Unterstützung des Anliegens durch den Rat.

Eveline Salzmann, **Fraktion SVP**, findet die Antwort des Gemeinderats auf den ersten Blick wohlklingend, bei genauerem Lesen jedoch nicht überzeugend und teils sogar widersprüchlich. Zum Argument der Fortschrittlichkeit in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt man beim Weiterlesen fest, dass sich Eltern mehr Freizeit mit dem Kind nach – und nicht vor – der Geburt wünschen. Auch hätten die betroffenen Frauen keinen finanziellen Vorteil: Wenn man heute vor der Geburt nicht mehr arbeiten kann, wird man krankgeschrieben bei gleichbleibendem Lohn. Sie stimmt ihren Vorrednern zu, dass schwanger sein nicht krank sein bedeutet. Deshalb sollen alle, die können, weiterarbeiten. Die Begründung erweckt mit der Gegenüberstellung der voraussichtlichen Kosten des vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubs und den Kosten der Krankschreibung den Eindruck, das Ganze wäre kostenneutral. Ob das stimmt, kann der Leser nicht beurteilen – es fehlen nämlich Angaben darüber, wie viele Frauen in den drei Wochen vor der Geburt reduziert bzw. gar nicht arbeiten. Sie bittet Gemeinderätin Andrea de Meuron um Beantwortung dieser Frage. Der eingangs der Motion erwähnte Bericht des Bundesrats spricht nicht von 100 Prozent Krankschreibungen in den letzten drei Wochen, sondern von durchschnittlich 70 Prozent in den letzten zwei Wochen. Aus persönlicher Erfahrung weiss sie, dass einige Frauen bis zur Geburt arbeiten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Einführung des vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubs für die Stadt Thun zusätzliche Kosten verursachen würde. Nach dessen Einführung würde vermutlich keine Frau mehr in den letzten drei Wochen arbeiten, wodurch Mehrkosten durch Überstunden oder Stellvertretungen anfallen würden. Sie möchte wissen, ob die Stadt mit Zusatzkosten rechnet und wenn ja, in welcher Höhe. Betreffend Planungssicherheit betont sie, dass der Geburtstermin und die Gesundheit nie ganz planbar sind. Mitarbeiter der Schwangeren könnten auf Planungssicherheit verzichten, wenn diese die eine oder andere Pendezenz noch vor der Geburt erledigen könnte. Die Stadt hat schon heute keine Probleme, Frauen im gebärfähigen Alter zu rekrutieren; 60 Prozent der Mitarbeiterinnen sind bis zu 40 Jahre alt. Für sie persönlich wären bei einer Bewerbung andere Punkte wie der Stellenbeschrieb, das Umfeld oder der Lohn wichtiger. Eine echte Förderung von Frauen mit Kindern bedeutet zum Beispiel, dass man sich im Jobsharing auf eine Kaderposition bewerben kann oder dass man langjährigen, kompetenten Mitarbeiterinnen die Möglichkeit gibt, interne Kaderstellen in Teilzeitarbeit zu besetzen. Auch beinhaltet eine echte Förderung, dass man auf Bundesebene endlich vorwärts macht mit der teilweisen Abschaffung des Koordinationsabzugs der Pensionskasse, so dass Frauen in Teilzeitarbeit das Pensionskassenguthaben aufheben können. Stadträtin Salzmann sieht sie kein wirkliches Bedürfnis, keinen effektiven Nutzen für die Frauen, Mehrkosten für die Stadt und einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber den KMU, die sich dieses Angebot nicht leisten können, jedoch mit Steuergeldern den vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub der städtischen Angestellten mitfinanzieren müssten. Ihre Fraktion lehnt die Motion ab.

Alois Studerus, **Fraktion Die Mitte**, erläutert, dass vor über 30 Jahren in der Bundespersonalverordnung ein Mutterschaftsurlaub von 16 Wochen vorgesehen war, wovon vier Wochen vorgeburtlich bezogen werden konnten. Dieses Modell könnte als Beispiel dienen. Die drei geforderten Wochen würden eine erhöhte Planungssicherheit bedeuten. Natürlich kommt es sehr auf den jeweiligen Beruf an, so darf eine Chauffeuse bereits früher nicht mehr arbeiten. Er gibt zu bedenken, dass durch die Krankschreibung höhere Gesundheitskosten entstehen. Echter Fortschritt oder Frauenförderung hängen auch immer mit der Abmachung zwischen den Vorgesetzten und der Arbeitnehmerin zusammen. Mit diesem Vorstoss würde man weitere Möglichkeiten schaffen. Die Fraktion Die Mitte kann dem vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub insofern etwas Positives abgewinnen und nimmt den Antrag des Gemeinderats an.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, bedankt sich euphorisch für die gute Aufnahme des Anliegens. Seine Fraktion ist überzeugt, dass dieser Schritt richtig ist. Er räumt ein, dass es einen geringen Aufpreis gibt. Positiv sind der Wegfall des vorgeburtlichen Stresses und den Gewinn an Planungssicherheit. Es freut sie, dass der Gemeinderat den vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub in die Verordnung aufnehmen will. Die Stadt tut damit etwas für die Arbeitgeberattraktivität und übernimmt eine Vorbildfunktion gegenüber dem Bund.

Susanne Gygax, **Fraktion glp/EVP/EDU**, bedankt sich bei der Urheberschaft für die Motion und beim Gemeinderat für die wohlwollende Antwort. Sie betont, wie bereichernd es ist, eine Schwangerschaft und eine Geburt zu erleben – auch wenn dies mit viel Mühsal und Schmerzen verbunden ist. Diese Wertehaltung ist ihrer Fraktion ein grosses Anliegen und sie unterstützen gerne das Ansinnen des Gemeinderats, dem gesundheitlichen Aspekt des vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubs gebührend Platz einzuräumen. Die Stadt kann sich damit als moderne, fortschrittliche Arbeitgeberin positionieren – da ist sie anderer Meinung als Stadträtin Salzmann. Es ist wichtig, dass Mütter sich selbst Achtsamkeit entgegenbringen, zu sich schauen und das Angebot des vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubs annehmen können. Kostensparnisse und grössere Planungssicherheit sind wichtige Attribute. Ihre Fraktion steht dem Antrag des Gemeinderats zur Umwandlung der Motion in ein Postulat positiv gegenüber und ist für die Annahme des Postulats.

Gemeinderätin Andrea de Meuron wurde nach den Zahlen gefragt, die in den Unterlagen so weit wie möglich rückblickend aufgeführt sind. Betroffen sind fünf bis zehn Schwangere pro Jahr. Es ist auch ersichtlich, wie lange sie im Schnitt krankgeschrieben sind. Jedoch reduzieren sie zum Teil ihr Pensum und sind nur zu einem Teilpensum krankgeschrieben. Die Stadt Thun hat aufgrund der hohen Prämien keine Krankentaggeldversicherung. Ob jemand also krankgeschrieben oder im vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub ist, spielt insofern keine Rolle – die Stadt zahlt ohnehin den Lohn. Sie versteht die Frage von Stadträtin Salzmann so, ob es sein könnte, dass einzelne Mitarbeiterinnen bis zur Geburt arbeiten würden und durch den vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub eingeladen werden würden, drei Wochen zu fehlen. Das kann man nicht sagen. Die vorliegenden Zahlen zeigen jedoch die Grössenordnung von rund 20'000 Franken auf, daher müsste nicht mit grossen Mehrkosten gerechnet werden. Selbstverständlich wäre ein Monitoring nötig. Sie teilt absolut die Einschätzung von Stadträtin Salzmann, dass die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin nicht allein daran hängt – da ist die Stadt gefordert, auch nach der Geburt Möglichkeiten wie die Übernahme einer Kaderfunktion in Teilzeitarbeit anzubieten. Die Stadt ist aktuell daran, Führungsgrundsätze zu erarbeiten. Bei einer Mitarbeiterbefragung wurde Thun als «Great place to work» ausgezeichnet, hat jedoch noch Potential. Der vorgeburtliche Mutterschaftsurlaub ist nur ein kleines Puzzleteilchen. Der Aussage, man habe keine Probleme, Frauen zu rekrutieren, hält sie entgegen, dass sich der Arbeitsmarkt stetig verändert. Die Stadt Thun vergleicht sich mit anderen Städten und nicht mit KMU, das wäre nicht fair. Andererseits könnte man teilweise nicht mithalten, wenn es zum Beispiel um die Viertageweche geht, die gewisse Unternehmen einführen, um die besten Talente zu rekrutieren. Der vorgeburtliche Mutterschaftsurlaub ist eine günstige Möglichkeit, die Stadt als Arbeitgeberin attraktiver zu machen. Sie teilt die Einschätzung von Stadträtin Salzmann betreffend die Herausforderung der Stellvertretung nicht ganz. Für die kurze Zeit von 16 Wochen kann oft keine Stellvertretung gefunden werden, daher fallen diesbezüglich auch keine Zusatzkosten an.

Franz Schori, **Fraktion SP**, repliziert an Stadträtin Salzmann gerichtet, dass die Förderung von Frauen aus vielen kleinen Puzzleteilchen besteht. Er ist mit ihr einverstanden, dass das vorliegende Anliegen nicht zu den grösseren Puzzlestücken gehört. Stadträtin Salzmann hat auch mögliche grössere Puzzlestücke wie die Abschaffung des Koordinationsabzugs der Pensionskasse erwähnt. Er würde es begrüssen, wenn die SVP auf nationaler Ebene dieses Anliegen auch unterstützen würde – und nicht wieder mit Entschuldigungen käme. Der grösste Feind des Guten ist immer das Bessere. Eine Lösung auf Bundesebene würde eine Abwicklung über die EO ermöglichen und damit die Gleichstellung zwischen dem öffentlichen Sektor und den KMU. Er dankt allen, die das Anliegen unterstützen.

Stadtratsbeschluss

Die Motion wurde durch die Urheberschaft in ein Postulat umgewandelt und wird **vom Rat** mit 25 : 10 Stimmen bei einer Enthaltung als erheblich erklärt.

81. Postulat P 10/2022 betreffend Förderung der Vereinszugehörigkeit von Thuner Bürgerinnen und Bürgern

Thomas Bieri (SVP), Eveline Salzmann (SVP) und Fraktion SVP vom 24. März 2022; Beantwortung

Thomas Bieri, **Fraktion SVP**, ist seit seiner frühesten Kindheit mit Vereinen in Kontakt und seit fast 40 Jahren aktives Vereinsmitglied. Er findet es traurig, dass Vereine nicht mehr den gleichen Stellenwert wie früher geniessen und einige sogar um ihr Überleben kämpfen müssen – gerade in einer Zeit, wo Jugendliche sich beklagen, in der Stadt laufe zu wenig, der Vandalismus nicht geringer wird und die ältere Generation Vereinsamt. Er betont die Bedeutung von Vereinen für die Gesellschaft. Diese sollten gefördert und unterstützt werden, wobei es nur am Rande um eine finanzielle Unterstützung geht. Die positive Antwort des Gemeinderats zeigt, dass die Stadt schon vieles unternimmt. Aus der Sicht seiner Fraktion wurde die Thematik jedoch nicht abschliessend geprüft und beantwortet. Was fehlt sind die von den Postulanten formulierten Optimierungsmassnahmen wie die Förderung des Übertritts der Kadetten in die Erwachsenenvereine oder das Heranführen von Schülerinnen und Schülern an die Vereine mittels von Sport- oder Musiklektionen. Es reicht nicht aus, dass in einer Schule Flyer aufgelegt werden – es braucht Menschen, die andere Menschen aktiv und wohlwollend auf die Möglichkeiten in Vereinen hinweisen. Er weiss aus eigener Erfahrung, dass es speziell für kulturelle Vereine nicht einfach ist, Zugang zu Schulen zu bekommen. Zur Coronathematik und der Wiederaufnahme der Vereinstätigkeit wurde in der Antwort nichts gesagt. Auch hier weiss er aus eigener Erfahrung und Recherche, dass sich viele ältere Leute zum Vereinsaustritt entschieden haben. Die Massnahmen betreffend Sichtbarkeit mit einer vorgeschlagenen Plattform spricht nicht für die Abschreibung des Postulats. Es braucht weitere Massnahmen, weshalb er die Nichtabschreibung beantragt.

Alice Kropf, **Fraktion SP**, anerkennt die Wichtigkeit der Vereine und schätzt die diesbezüglichen Bemühungen der Stadt. Sie weist auf zwei gut funktionierende Vereine hin, welche die Bedürfnisse von jungen Erwachsenen abdecken und wahrscheinlich nicht auf dem Radar der Postulant/innen sind. Dies ist einerseits der Verein «Freund*innen des Freiraums», der vom Kollektiv AKuT getragen wird, von der Stadt Thun unterstützt wird und mit dem die Zusammenarbeit gut funktioniert. Weiter nennt sie den «Block Süd», einen der grössten Jugendvereine der Stadt. Beide Vereine beklagen sich nicht über Mitgliederschwund und erfreuen sich immer wieder über den Nachwuchs von Jungen – darunter gerade auch vielen ehemaligen Kadetten. Der Verein «Block Süd» ist komplett selbst organisiert und finanziert. Die Fraktion SP folgt dem Antrag des Gemeinderats.

Thomas Hiltzold, **Fraktion Grüne/JG**, anerkennt wie seine Vorrednerin das Anliegen. Dass viele Vereine um ihr Überleben kämpfen, ist bedauerlich, aber auch dem Zeitgeist und den Inhalten geschuldet. Die Stadt Thun macht bereits unglaublich viel und der Antwort ist zu entnehmen, dass sie auf diesem vernünftigen Pfad weiterfahren will. Letztlich ist es die Zivilgesellschaft, die mit Eigenverantwortung dafür sorgen muss, Vereine am Leben zu erhalten. Der Vorstoss enthält durchaus gute Ideen. Eine Idee, der er jedoch klar eine Absage erteilt, ist das Zurverfügungstellen von Sport- und Musiklektionen. Es kann nicht sein, dass man die Schule nach Belieben reduziert und Interessen während der Schulzeit ausprobiert. Er weist auf das bereits gute Angebot des freiwilligen Schulsports hin. Die Fraktion Grüne/JG ist für eine Annahme bei gleichzeitiger Abschreibung.

Ronald Wyss, **Fraktion Die Mitte**, ist der Ansicht, dass die abnehmende Bereitschaft, sich aktiv in einem Verein zu engagieren, dem Zeitgeist geschuldet ist. Der Gemeinderat hat aufgezeigt, dass das Angebot bei zu wenig Nachfrage eher noch zunimmt. Man kann niemanden zwingen, sich einem Verein anzuschliessen, jedoch muss dafür gesorgt werden, dass die breite Bevölkerung über das Angebot informiert wird. In Thun wird viel getan, um die lokalen Vereine sichtbar zu machen und sie zu unterstützen. Er weist auf den

gut funktionierenden Verein «Cliffhangers» hin – ein Verein, der aufgrund privater Initiative zustande kam. Die Fraktion Die Mitte ist der Meinung, dass der vorliegende Prüfauftrag erfüllt ist, weshalb sie das Postulat annehmen und abschreiben.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/EVP/EDU**, anerkennt die wichtige gesellschaftliche Funktion der Vereine. Ihre Fraktion nimmt mit Freude zur Kenntnis, was die Stadt alles tut, um die Vereine zu unterstützen. Sie geht davon aus, dass sich die Stadt im Sinne eines Dauerauftrags auch weiterhin mit der Thematik beschäftigen wird und gute Ideen aufnehmen wird. Sie bringt die persönliche Bemerkung an, dass eine tiefere Zahl an Vereinsmitgliedern nicht bedeutet, dass sich die Leute weniger engagieren. Sie ist der Überzeugung, dass niederschwellige nachbarschaftliche Unterstützung ohne Verpflichtung und rechtliches Gefäss ebenso wichtig und unterstützungswürdig ist. Ihre Fraktion folgt dem Gemeinderat.

Markus van Wijk (FDP) dankt dem Gemeinderat für die umfassende Beantwortung und den Postulanten für die wichtigen Informationen. Die gesellschaftliche Bedeutung der Vereinstätigkeit führt dazu, dass gewöhnliche Menschen im Teamwork aussergewöhnliche Ergebnisse erzielen können. Das sollte auch unterstützt werden. Als Gründe für die Abnahme der Mitgliederzahlen sieht er die vermehrt hedonistische Lebensweise, aber auch Einflüsse wie der Lehrplan 21 mit seiner höheren Lektionenzahl, aufgrund derer Schülerinnen und Schüler ihre Freizeit priorisieren. Auch COVID-19 hat zu dieser negativen Entwicklung beigetragen. Trotzdem scheinen die Massnahmen der Stadt Thun in die richtige Richtung zu führen. Dass in den Bereichen Kommunikation und Ausbildung von Vereinsstrukturen Handlungsbedarf besteht, wird erfreulicherweise selbstkritisch zugegeben. Die FDP nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Der Stadtpräsident findet alles Gesagte richtig, was auch die Breite der Thematik aufzeigt. Es geht um die Zivilgesellschaft – Sinn und Zweck eines Vereins ist ja gerade, dass sich Private zusammenschliessen. Wenn er die Abschreibung beantragt, tut er dies mit dem Hinweis, dass der Gemeinderat nicht das Gefühl hat, das Thema sei erledigt. Der Gemeinderat schreibt ausdrücklich, die Bemühungen könnten verstärkt werden. Er hat auch festgestellt, dass Corona für viele Vereine schwierig war und es schwierig ist, Nachwuchs zu finden. Deshalb versucht er, Vereine mit verschiedenen Massnahmen zu unterstützen. Jedoch stimmt er Stadträtin Krenger zu, dass sich unsere Gesellschaft und ihre Bedürfnisse verändern. Es gibt durchaus Leute, die sich ausserhalb eines Vereins engagieren wollen. Dies sind Gefässe, die auch wichtig sind und unterstützt werden sollten. Es braucht die ganze Breite.

Thomas Bieri, **Fraktion SVP**, freut sich, dass das Postulat eine gewisse Wirkung hatte. An Stadträtin Kropf gerichtet betont er, dass das Postulat für alle Vereine gedacht war. Er korrigiert die Aussage von Stadtrat Hiltbold, dass es um ein Ausprobieren während der Schulzeit geht. Gemeint sind konkrete Projekte. Bezüglich Kadetten findet er bedenklich, wie viele von ihnen nach der Kadettenzeit mit der Musik aufhören. Einzig die Tambouren gehen in die Vereine, leider aber ausserhalb der Gemeinde Thun. Er vertraut auf die Aussage des Gemeinderats, dass Thema sei nicht abgeschlossen, und wird es weiter beobachten. Als Vereinsmitglied hat er gute Erfahrungen mit der Stadt Thun gemacht und wird am Ball bleiben. Er beantragt eine Annahme bei Nichtabschreiben.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an und schreibt es mit 25 : 11 Stimmen ab.

82. Postulat P 9/2022 betreffend die Priorisierung der Vergabe von Bootsplätzen und Weiterentwicklung der Hafenanlage

Philipp Deriaz (SVP), Reto Schertenleib (SVP) und Fraktion SVP vom 24. März 2022; Beantwortung

Reto Schertenleib, **Fraktion SVP**, findet die Aussage des Gemeinderats, es sei noch zu diskutieren, ob ein Tankstellenprojekt überhaupt noch vorangetrieben werden solle oder nicht, aufgrund der bereits

erteilten Prüfaufträge aus den Jahren 2015 und 2019 ideologisch geprägt. Der Verweis auf das Elektroboot von Honu ist Sand in die Augen gestreut bzw. Wasser in die Augen gespritzt. Das Boot verfügt zweifellos über eine zukunftssträchtige Technologie, kostet jedoch eine Viertelmillion Franken und er fragt sich, wer sich das leisten kann. Nach einer Stunde Fahren unter Vollast muss es im Hafen den Akku neu aufladen. Das bedeutet kein entspanntes Bootsfahren auf dem See, sondern verursacht den befürchteten Mehrverkehr. Ein Boot mit Benzinmotor kehrt tagsüber nicht in den Hafen zurück – ausser, er müsse ein Elektroboot abschleppen. Die Elektrotechnologie ist in absehbarer Zeit schlicht keine massentaugliche Lösung. Bis sie das ist, braucht es weiterhin Tankstellen. Zur Vergabe der Bootsplätze hat der Gemeinderat das Anliegen der Postulanten falsch verstanden. Was sie fordern, ist die Priorisierung der Einheimischen – nicht den Ausschluss von Auswärtigen. Mit Geld ist die Sache nicht erledigt; als Thuner nützt es ihm nichts, wenn der Auswärtige 50 Prozent mehr zahlt, dafür aber – anders als er – einen Platz bekommt. Es ist ihm ein Rätsel, weshalb sich die Verwaltung und der Gemeinderat so gegen diese Priorisierung sträuben. Als Inspiration für einen Kurswechsel empfiehlt er die Lektüre der Verordnungen der Gemeinden Oberhofen, Spiez und Leissigen, die alle eine Zuteilungsordnung kennen, welche die Einwohner priorisiert. Weil sie befürchten, dass sie in dieser Form nicht auf Gehört stossen und weil sie ganz sicher nicht wollen, dass etwas abgeschrieben wird, ziehen die Postulanten ihren Vorstoss zurück und werden mit verpflichtenden Mitteln wiederkommen.

83. Postulat P 7/2022 betreffend Förderung nachhaltiges Handeln beim Bauen

Fraktionen glp/EVP/EDU, SP, die Mitte und Grüne/JG vom 24. März 2022; Beantwortung

Nicole Krenger, **Fraktion glp/EVP/EDU**, dankt dem Gemeinderat für die positive Aufnahme ihres Postulats und folgt dem Antrag. Natürlich kann sie die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit nachvollziehen und findet es wertvoll, dass man ihnen Gewicht beimisst und die Massnahmen danach beurteilt. Jedoch muss nicht jede Massnahme alle drei Dimensionen gleichermaßen erfüllen und es können auch Massnahmen getroffen werden, welche nur einer Dimension gerecht werden. Persönlich könnte sie sich für eine Lenkung anstelle von Förderinstrumenten auch ein Bonus-/Malus-System vorstellen, da dieses weniger kostet – auch wenn der Gemeinderat das eine schlechte Idee findet. Sie hofft, dass diese Idee trotzdem nicht ganz vernachlässigt wird.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für die wohlwollende Aufnahme des Anliegens. Das nachhaltige Bauen beinhaltet viele Aspekte. Die Treibhausgasemissionen beim Bau zeigen, wie dringlich das Anliegen ist. Die Emissionen bei der Erstellung von Neubauten sind massiv und leider immer noch ein Nischenthema. Der Bund hat letztes Jahr einen Grundlagenbericht und ein Faktenblatt herausgegeben, gemäss dem bis 2030 die grauen Emissionen bei der Erstellung von Neubauten halbiert werden sollen. Das wird hauptsächlich erreicht durch den vermehrten Einsatz von Holz. Holz ist ein Kohlenstoffspeicher und kann sogar klimapositiv sein. Leider ist trotz der hohen Dringlichkeit nichts zu den grauen Emissionen bei der Erstellung von Gebäuden enthalten. Es ist wichtig und richtig, dass auf städtischer Ebene Massnahmen entwickelt werden. Die Fraktion Grüne/JG stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Adrian Christen, **Fraktion SP**, findet die Förderung von nachhaltigem Handeln beim Bauen auch sehr wichtig – besonders die Beratung der Bauwilligen ist entscheidend. Seine Fraktion hätte sehr begrüsst, wenn diese in den Förderfonds Energieeffizienz Eingang gefunden hätte. Dass das unter Abschlag von Baubewilligungsgebühren nicht gemacht werden kann, können sie nachvollziehen. Was ihnen an dem Postulat und generell bei diesen Diskussionen fehlt, ist die Suffizienz. Weit am meisten Energie kann nämlich gespart werden, wenn Bauen vermieden wird. Die Fraktion SP nimmt das Postulat einstimmig an.

Alois Studerus, **Fraktion Die Mitte**, folgt mit seiner Fraktion dem Gemeinderat. Es geht hier vor allem um den privaten Bereich. Der Gemeinderat zeigt auf, dass man die Punkte aufgenommen hat und auf dem richtigen Weg ist. Private Bauherren können überzeugt werden, etwas Gutes für die Umwelt zu tun. Die Fraktion folgt dem Gemeinderat.

Reto Schertenleib, **Fraktion SVP**, freute sich anfänglich darüber, dass Anreize statt Verbote gefordert werden – jedoch wich diese Freude schnell wieder der Ernüchterung. Auf einen wenig- bis nichtssagenden Wortlaut des Postulats folgte eine wenig- bis nichtssagende Stellungnahme. Bei wenig bis keinem Prüfinhalt gibt es auch nichts abzuschreiben. Seine Fraktion hilft beim Überweisen, da sie keineswegs gegen die Förderung von Nachhaltigkeit sind. Allerdings weist er darauf hin, dass schon bald ein Baureglement in die Beratung kommt, wo man konkrete Anträge stellen kann.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) befürwortet selbstverständlich eine nachhaltige Bauweise. Viele Unternehmen produzieren und bauen bereits jetzt nachhaltig, was auch im Sinne der Unternehmen ist. Es sollte aber nicht erzwungen werden und darf nicht dazu führen, dass Investoren und Unternehmen behindert werden und ihre Tätigkeit verteuert wird. Ein zu enges Korsett könnte zum Rückzug von Gewerben aus Thun führen.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

85. Interpellation I 4/2022 betreffend Thuner Verkehrsregime

Valentin Borter (SVP) und Philipp Deriaz (SVP) vom 24. März 2022; Beantwortung

Valentin Borter (SVP) ist befriedigt von der Antwort des Gemeinderats und wünscht keine Diskussion.

87. Fragestunde F 12/2022 betreffend Weihnachtsbeleuchtung

Nina Siegenthaler (SP) vom 29. August 2022; Beantwortung

Die Fragestunde F 12/2022 wird schriftlich beantwortet.

88. Fragestunde F 13/2022 betreffend Massnahmen zur Einsparung von Elektrizität

Nicole Krenger (glp) vom 30. August 2022; Beantwortung

Die Fragestunde F 13/2022 wird schriftlich beantwortet.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident appelliert an den Rat, sich beim Erhalt einer Einladung zeitnah an- oder abzumelden, um die Organisation zu vereinfachen.

Der Stadtratssekretär verliest das Rücktrittsschreiben von Stadträtin Sarah Zaugg.

Der Stadtratspräsident war immer sehr beeindruckt, wie sich Stadträtin Sarah Zaugg für das Wohl von Tieren engagiert hat. Anders als andere sprach sie nicht nur darüber, sondern lebte ihr Engagement konsequent vor. Er dankt ihr herzlich für ihren Einsatz im Stadtrat und wünscht ihr beruflich wie auch privat alles Gute.

Eingänge

- Postulat P 26/2022 betreffend Veloführung bei Strassenbaustellen; Fraktion Grüne/JG, Fraktion SP vom 1. September 2022

- Postulat P 27/2022 betreffend Frauenhaus Thun-Berner Oberland und Beratungshotline AppELLE!; Nina Siegenthaler (SP), Fraktion SP, Fraktion Die Mitte, Fraktion glp/EVP/EDU vom 1. September 2022
- Postulat P 28/2022 betreffend Wohnraum als Anschlusslösung nach dem Frauenhaus und Büroräumlichkeiten für Fachstelle des Frauenhauses und Opferhilfestelle VISTA; Nina Siegenthaler (SP), Fraktion Grüne/JG, Fraktion SP vom 1. September 2022
- Postulat P 29/2022 für eine bessere kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung in Thun; Fraktion SP, Fraktion Grüne/JG, Fraktion Die Mitte, Fraktion glp/EVP/EDU vom 1. September 2022
- Postulat P 30/2022 betreffend Prüfung des Einsatzes von foilenden Fähren für die Lösung der Verkehrsprobleme am rechten Thunerseeufer; Adrian Christen (SP), Fraktion SP, Fraktion Grüne/JG, Barbara Lehmann Rickli (FDP), Markus van Wijk (FDP) und Claude Schlapbach (FDP) vom 1. September 2022
- Interpellation I 11/2022 betreffend geschlechtergerechte Stadtentwicklung; Fraktion SP vom 1. September 2022
- Interpellation I 12/2022 betreffend Koordination und Beschleunigung von Bautätigkeiten auf Kantonsstrassen im Stadtgebiet Thun; Barbara Lehmann Rickli (FDP), Markus van Wijk (FDP) und Claude Schlapbach (FDP) vom 1. September 2022

Der Stadtratspräsident



Martin Allemann

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder